



ZÜRICH & REGION

[Stadt](#)[Winterthur](#)[Unterland](#)[Zürichsee](#)[Meine Gemeinde](#)[Regionalsport](#)[Flughafen Zürich](#)[Startseite](#) | [Zürich & Region](#) | Kinderspital Zürich: Linke fordern Verstaatlichung des kriselnden Kispi – Bürgerliche wehren sichAbo [Kinderspital Zürich in Finanznöten](#)

Linke will kriselndes Kispi verstaatlichen – Bürgerliche wehren sich erfolgreich

Das Kinderspital Zürich benötigt immer wieder finanzielle Unterstützung vom Kanton. Dieser solle deshalb das Spital übernehmen, lautete eine Forderung im Kantonsrat. Der Regierungsrat hat andere Pläne.

**Michel Wenzler**

Publiziert: 18.08.2025, 18:02

10 | | | |



Der Betrieb des Kinderspitals Zürich ist defizitär.

Foto: Rahel Zuber

Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 04:55 1x

BotTalk

In Kürze:

- Das Kinderspital Zürich kämpft trotz Darlehen in der Höhe von 250 Millionen Franken mit Geldsorgen.
- Der Kantonsrat lehnt eine Übernahme des Kinderspitals durch den Kanton trotzdem ab.
- Die Gesundheitsdirektion fordert aber konkrete Massnahmen von der Eleonorenstiftung ein.

Das Kinderspital Zürich braucht Geld – immer wieder. Schon mehrmals hat der Kanton der finanziell angeschlagenen Institution Unterstützung gewährt. Darlehen in der Höhe von insgesamt 250 Millionen Franken hat das Kispi, das von der privaten Eleonorenstiftung getragen wird, schon erhalten. In diesem und im vergangenen Jahr genehmigte der Kantonsrat zudem gesamthaft 60 Millionen Franken für den Betrieb des Spitals.

Ein Grund für die Geldsorgen des Spitals ist der Neubau der Stararchitekten Herzog & de Meuron, der sich während der Bauzeit um 150 Millionen auf 761 Millionen Franken verteuerte. Ein anderer ist der defizitäre Spitalbetrieb.



Der Prestigebau von Herzog & de Meuron kostete das Kinderspital deutlich mehr als geplant.

Foto: Rahel Zuber

Politiker von links bis rechts empfinden die Situation als unbefriedigend.

Dennoch stiess im Zürcher Kantonsparlament ein Vorschlag von SP, EVP und AL auf wenig Anklang. Mit einer Motion hatten sie gefordert, dass der Regierungsrat mit der privaten Stiftung Verhandlungen aufnimmt, damit das Kinderspital in den Besitz des Kantons übergeht.

Kispi gilt als systemrelevant

Die Finanzspritzen zeigten, dass das Kinderspital ohne staatliche Subventionen und Kredite nicht überleben könne, argumentierte die Erstunterzeichnende Sibylle Marti (SP, Zürich). «Der Kanton wird weitere Gelder sprechen müssen.»

Dies, weil das Kispi systemrelevant sei und eine unverzichtbare medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche anbiete. Wenn der Kanton immer wieder Geld einschiessen müsse, solle ihm die Infrastruktur auch gehören. So könne er als Eigentümer Einfluss auf die Strategie und die Geschäftsführung nehmen.

Bürgerliche Warner

Von einem solchen Schritt warnten die bürgerlichen Parteien. Ja, es sei stossend, dass der Kanton immer wieder zahlen müsse, fand zwar auch Lorenz Habicher (SVP, Zürich). Das Problem werde aber nicht behoben, indem der Kanton Zürich das Kispi erwerbe. «Er könnte sich eine solche Übernahme gar nicht leisten.» Habicher sprach von geschätzten Kosten von rund einer Milliarde Franken.

Auch die Mehrheit der GLP war gegen den Vorschlag. «Nicht jede systemrelevante Institution muss verstaatlicht werden, wenn sie Hilfe benötigt», sagte der Grünliberale Daniel Rensch (Zürich). Und Philipp Müller (FDP, Dietikon) sagte: «Es ist ein Irrglaube, dass unter staatlicher Trägerschaft alles besser würde.»





Wegen der Darlehen, die das Kinderspital wegen des Neubaus brauchte, hagelte es in Vergangenheit Kritik.

Foto: Sabina Bobst

Die schwierigen Rahmenbedingungen – beispielsweise Fachkräftemangel, niedrige Tarife, hohe Kosten für die Digitalisierung und regulatorische Auflagen – würden bestehen bleiben. Zudem warnten die Bürgerlichen davor, dass im Falle einer Verstaatlichung die umfangreichen Spenden an das Spital versiegen könnten. Die heutige Organisationsform des Kispi als Stiftung würde diese geradezu fördern. Im vergangenen Jahr nahm das Kispi beispielsweise 136,5 Millionen Franken Spenden für den Neubau ein.

Dass die Spenden zurückgehen könnten, wenn das Spital dem Kanton gehört, wies Nicole Wyss (AL, Zürich) als «reine Vermutung» zurück. Und sie sagte: «Systemrelevante Spitäler müssen der öffentlichen Hand gehören und nicht Privaten.»

Appell an die Pionierrolle

Jeannette Büsser (Zürich) von den Grünen, welche die Motion unterstützten, verwies auf die Pionierrolle der Eleonorenstiftung, die vor rund 150 Jahren neue Wege gegangen sei und erkannt habe, dass es eine spezialisierte Medizin für Kinder brauche. Weitblick forderte Büsser nun auch in Bezug auf die Trägerschaft: «Wäre nicht jetzt der Zeitpunkt, einen neuen Weg einzuschlagen?»

Nein, findet die Stiftung selbst. Nein, findet auch der Regierungsrat. Es sei der falsche Zeitpunkt, um das Spital zu verstaatlichen, sagte Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP). Sie ermahnte die Stiftung aber, dass jetzt Taten folgen müssten.

Der Regierungsrat verlangt von ihr Massnahmen. Unter anderem hat er eine externe Untersuchung zur Finanzstruktur des Kinderspitals in Auftrag gegeben. Und die Eleonorenstiftung muss der Gesundheitsdirektion mehrere Vorschläge unterbreiten – etwa zum Umgang mit Risiken und zu Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Spitälern. Weiter hat der Kanton Vertreter in den Stiftungsrat entsandt. Die Regierung hat das Kispi also an die Kandare genommen.

Nach Ansicht der Mehrheit im Kantonsrat reicht dies vorerst: Der Vorstoss der Linken wurde mit 109 zu 62 Stimmen abgelehnt.

NEWSLETTER

Zürich heute

Erhalten Sie ausgewählte Neuigkeiten und Hintergründe aus Stadt und Region.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Michel Wenzler ist Redaktor und schreibt über die Region Zürich. Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.

10 Kommentare